

Kurzreferat an der Medienorientierung der Grünen BL und BS zum Thema Gas- und Atomkraftwerke – die Grünen wollen weder den Teufel noch den Belzebub!

Nein zum Kuhhandel Gaskraftwerke versus Atomkraftwerke

24. April 2007

Die Grünen lassen sich auf den Kuhhandel Gas- versus Atomstrom nicht ein. Wenn jetzt die Weichen für Effizienzmassnahmen und erneuerbare Energien gestellt werden, braucht es weder das eine noch das andere.

Projekte zum Bau von Gaskraftwerken in der Schweiz spriessen wie Pilze aus dem Boden. Begründet werden die Projekte von den Strombaronen durch die so genannte Stromlücke, die durch den zunehmenden Energieverbrauch in der Schweiz entsteht.

Eine Stromlücke wird es gar nicht geben, wohl aber ist eine Denklücke oder eine geplante Angstlücke von Bürgerlicher Seite und von der Strombranche eingefädelt. Wenn jetzt endlich die Weichen gestellt werden für wirksame Effizienzmassnahmen und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Mit der Planung von grossen Gaskraftwerken und Atomkraftwerken wird diese Weichenstellung verhindert. So wollen es die Strombarone, denn ohne grosse Kraftwerke entgeht ihnen das Geschäft - an Stromsparen und Solarkollektoren und Solarstromanlagen auf unseren Dächern verdienen sie nicht. Die Strombranche setzt daher auf Gaskraftwerke und Atomstrom. Die Nutzung fossiler Energieträger zur Stromproduktion ist klimapolitisch ein massives Problem.

Die CO₂-Bilanz der Schweiz darf durch die Verstromung von Gas keinesfalls negativ beeinträchtigt werden. Das CO₂ muss vollständig im Inland kompensiert werden. Und wenn schon Gas, dann sind nicht Grosskraftwerke zu bauen, sondern dezentrale Blockheizkraftwerke. Die Abwärme, die bei der Verstromung von Gas entsteht, soll genutzt werden, um Öl- oder Gasheizungen in Wohn- und Gewerbebauten zu ersetzen. Um eine effiziente Nutzung und die CO₂-Neutralität sicherzustellen, muss eine Klimaverträglichkeitsprüfung in das Plangenehmigungsverfahren für Gaskraftwerke integriert werden.

Die Grüne Fraktion in Bern hat daher bereits in der Wintersession einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. In der Auseinandersetzung um das CO₂-Gesetz spielten die bürgerlichen Parteien in der Frühlingsession ein hinterhältiges Spiel. Die einen wollen Gaskraftwerke verhindern, weil sei neue AKW bauen wollen. Die andern puschen Gaskraftwerke als Übergangslösung für neue AKW. Klar ist daher, dass Gaskraftwerke so oder so keine Möglichkeit sind, um AKW zu verhindern. Für solche Kuhhandel sind die Grünen nicht zu haben. Wir lehnen grosse Gas- und Atomkraftwerke ab, weil wir überzeugt sind, dass die Energieverschwendung gestoppt werden muss und der verbleibende Energiebedarf mit Effizienzmassnahmen und einheimischen erneuerbaren Energien gedeckt werden kann.

Genau so argumentierte die Grüne Fraktion in der Frühlingsession, wo es um einen Bundesbeschluss über die Kompensation von CO₂-Emissionen von Gaskombi-kraftwerken ging. Wir verlangten die 100% Kompensation im Inland. Das Parlament hat schliesslich beschlossen, dass höchstens 30% der CO₂ Emissionen im Ausland durch Emissionsverminderungen kompensiert werden dürfen. Es wird sich nun zeigen, wie die Investoren der Gross-Gaskraftwerk-Projekte mit diesem Entscheid umgehen werden.

Wir Grüne werden nie Hand bieten zu grossen Gaskraftwerken, weder in der Region noch sonst in der Schweiz. Und neue AKW wird die Partei auf dem Volksweg verhindern. Wir Grüne sind bereit einer neuen starken Anti-AKW-Bewegung mit voller Kraft voranzugehen! Oder anders gesagt: wir treiben den Teufel nicht mit dem Belzebub aus. Die Energiezukunft wird grün sein, nicht aus ideologischen, sondern aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen.

Es gilt das gesprochene Wort